Sächsischer Landtag
7. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Thomas Kirste
AfD-Fraktion

Thema: **Bekanntgabe des Geschlechts bei Ungeborenen sowie Femizidprävention an Ungeborenen im Freistaat Sachsen**

Vorbemerkung:

Laut § 15 Gendiagnostikgesetz¹ darf schwangeren Frauen nach Ablauf der zwölften Schwangerschaftswoche das diagnostizierte Geschlecht ihres werdenden Kindes mitgeteilt werden. In den vergangenen Wochen berichteten Bürger hingegen dem Fragesteller, ihnen sei von behandelnden Ärzten mitgeteilt worden, über das Geschlecht ihrer werdenden Kinder erst nach Ablauf der 14. Schwangerschaftswoche aufklären zu dürfen. Ärztliche Informationsblätter² sowie Artikel in Elternzeitungen³ scheinen diese Aussagen zu bestätigen. Zur Begründung sollen die behandelnden Ärzte die Bürger auf eine Prävention geschlechtsspezifischer Abtreibungen verwiesen haben; sprich: Die Verhinderung eines in weltweit noch immer vielen Kulturen verbreiteten Femizids an weiblichen Föten. Nach § 218a StGB⁴ bleibt ein Schwangerschaftsabbruch in Deutschland unter gewissen Voraussetzungen straffrei, wenn dieser bis zur zwölften Schwangerschaftswoche vollzogen wird.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Ab welcher Schwangerschaftswoche plus welchen Tag exakt dürfen werdende Eltern im Freistaat Sachsen über das Geschlecht ihrer ungeborenen Kinder informiert werden?

Dresden, **28.06.2024**

Unterzeichnet von:
Thomas Kirste

Thomas Kirste, MdL

¹ https://www.gesetze-im-internet.de/gendg/__15.html

² <https://www.praenatalstuttgart.de/files/dr-tekesin/content/PDFS/elterninfo.pdf>

³ <https://www.eltern.de/schwangerschaft/ramzi-methode--was-steckt-dahinter--13416962.html>

⁴ https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/__218a.html

2. Unterlag die in Beantwortung der Frage 1 genannte Regelung in den vergangenen Jahren in Deutschland einer Änderung der Zeitvorgabe und falls ja, aus welchen exakten Gründen?
3. Sind der Sächsischen Staatsregierung in den vergangenen zehn Jahren Fälle bekanntgeworden, bei welchen Abtreibungen aus dem speziellen Grund des Geschlechts des werdenden Kindes beantragt oder gar vorgenommen wurden? Falls ja, bitte mit entsprechenden, nach Jahren aufgegliederten Fallzahlen sowie dem betreffenden Geschlecht des werdenden Kindes.
4. Inwieweit ist die Sächsische Staatsregierung in die Aufklärung und Prävention geschlechtsspezifischer Abtreibungen – insbesondere bei Femiziden an ungeborenen weiblichen Kindern – bereits involviert, inwieweit plant die Sächsische Staatsregierung eine Ausweitung ihres informativen Engagements in dieser Angelegenheit und inwieweit ist diese Angelegenheit der Sächsischen Staatsregierung diese Angelegenheit überhaupt bereits bewusst geworden?
5. Gab es gegenüber dem Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – im Bereich Schwangerschaftsstellen - in den vergangenen fünf Jahren Beschwerden seitens werdender Eltern, dass das Geschlecht des jeweiligen werdenden Kindes von Ärzten trotz Patientenwunsch erst zur 14. anstelle der zwölften Schwangerschaftswoche bekanntgegeben wurde?